

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/238

Bonn, den 12. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Nicht gegen das griechische Volk gerichtet</u> Athens Militärjunta auf der Anklagebank des freien Europa	85

3	<u>"Guten Tag = Merhaba"</u> Arbeiterwohlfahrt betreut türkische Gastarbeiter Von Dr. Gerhard Hannig	39
---	--	----

4	<u>Otto Schmidt *</u> Abschied von einem bedeutenden Sozialdemokraten	45
---	--	----

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Individuelle Öffnungszeiten für die Geschäfte?  
Von Annemarie Renger, MdB

1969: Ein gutes Jahr für unsere Frauen  
Im Spiegel der Publizistik hat es sich gezeigt: Frauen werden  
selbstbewußter - Frauen finden mehr Anerkennung

Milchpreissenkung oder Schlachteprämien?  
Europas Kühe sind zu tüchtig

Job-Vermittlung übers Arbeitsamt

Hohe Lebenshaltungskosten für Amerikas Familien

Nicht gegen das griechische Volk gerichtet

Athens Militärjunta auf der Anklagebank des freien Europa

G.M. - Es ist gut, daß Bundeskanzler Willy Brandt ohne große Umschweife und mit einer unmißverständlichen Deutlichkeit die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Militärjunta in Griechenland dargestellt hat. Brandt erklärte, das Athener Regime sollte nach seiner Ansicht solange vom Europarat suspendiert werden, "bis nicht mehr gefordert wird und bis frei gewählte griechische Abgeordnete wieder an der Beratenden Versammlung in Straßburg teilnehmen können". - In diesem Sinne wird Bundesaußenminister Walter Scheel heute auch in Paris die Haltung der Bundesregierung erläutern und der Suspendierung Griechenlands vom Europarat zustimmen. Diese Haltung richtet sich nicht gegen das griechische Volk; gerade wir Deutschen wissen sehr wohl zwischen Volk und Regime zu unterscheiden.

In Athen hat man während der letzten Tage verzweifelte Anstrengungen gemacht, um der in Paris zu erwartenden Verurteilung des Diktatur-Regimes zu entgehen oder diese mindestens hinauszuschieben. Mit vagen Versprechungen, man werde "demnächst" in Griechenland den Belagerungszustand aufheben und "bald vielleicht auch freie Wahlen" durchführen, begann es. Als die Diktatoren feststellen mußten, daß ihnen niemand mehr diese Versprechungen abnahm, bezogen sie die Linie der formalen Einwände gegen das Zustandekommen ihrer zu erwartenden Verurteilung. Parallel hierzu schickten sie ihre Botschafter zu den Regierungen in jenen Ländern, die mit Griechenland diplomatische Beziehungen haben, und ließen dort ausrichten, die Herren in Athen seien schrecklich böse, man werde bei einer Verurteilung ihres Regimes mit wirtschaftlichen Repressalien antworten.

Ob die Obristen so dumm sind, um nicht zu wissen, daß kein Land in der Welt irgendetwas verliert, wenn Griechenland nichts mehr exportiert, oder ob sie die Regierungen der anderen Länder für so dumm halten, dies nicht zu wissen, möge dahingestellt bleiben. Jedenfalls lautete die Antwort auf diese plump-dreisten Drohungen: "Interessiert uns nicht!"

Jetzt begann das Spiel mit politischen Erpressungsversuchen, eine Methode, die immer von Diktatoren angewandt wird, wenn ihnen das Wasser bis zum Halse steht. Man ließ Bügelte in Athen ostentativ mit Moskau und ließ in Washington und besonders in den westeuropäischen Hauptstädten verkünden, Griechenland werde sich von der NATO abwenden, wenn man die Junta in Athen verurteile. Die primitivsten Hausbreche der Junta erklärten sogar bei Empfängen ausländischer Botschaften, Griechenland könne sich dem Warschauer Pakt zuwenden; man sei ein freier, souveräner Staat und habe die Verbindung mit dem Westen gar nicht notwendig.

Es ist durchaus möglich, daß durch diesen letzten Erpressungsversuch noch zögernde Mitglieder des Europarates nunmehr ihre Ent-

scheidung gegen die Junta treffen konnten. Die Drohung mit dem Austritt aus der NATO und mit der möglichen Hinwendung zu Moskau entlarvt alles als plumpe Lügen, was bisher von den Athener Diktatoren über die Gründe ihres Militärputsches gesagt worden ist. Seit zweieinhalb Jahren tönte es immer aus Athen, man habe den Militärputsch machen müssen, um einem drohenden kommunistischen Aufstand zuvorkommen. Kenner der griechischen Verhältnisse wußten schon immer, daß dies aufgelegter Schwindel war. Bei den letzten freien Wahlen 1965 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreu war der Anteil der kommunistischen EDA von 25 auf 12 Prozent zurückgegangen.

Der Militärputsch wurde mit letzter Brutalität durchgeführt, weil eine Obristenclique, im Einvernehmen mit in- und ausländischen Kapitalbesitzern, verhindern wollte, daß bei kommenden Wahlen die demokratischen Parteien eine solide Mehrheit erhalten.

Die Lüge vom "drohenden kommunistischen Aufstand" stand am Anfang der griechischen Militärdiktatur. Diese Lüge mußte herhalten, um in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit dem Standrecht zu regieren, die Pressefreiheit aufzuheben, tausende Regimegegner in Konzentrationslager und Zuchthäuser zu stecken und eine bis heute noch nicht mit Sicherheit feststehende Zahl von Menschen physisch zu quälen und zu Tode zu foltern.

Und wenn nun die Obristen wirklich Griechenland aus der NATO lösen würden, was dann? - fragen sich immer noch besorgte Gemüter.

Erstens wären wir dann um eine Lüge ärmer und um eine Wahrheit reicher. Das ist auch schon etwas wert.

Zweitens wird der militärische Wert des Griechenlands der Obristen schon seit langem angezweifelt.

Drittens darf man davon ausgehen, daß die griechischen Gegner der Militärdiktatur durch die Verurteilung der Diktatoren in Athen einen starken Auftrieb erhalten, daß ihre bis vor kurzem noch aufgesplitterten Gruppen sich auf der Grundlage des unzweifelhaft bei der großen Mehrheit des griechischen Volkes bestehenden Vertrauens zur freien Welt sammeln und nun von sich aus für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland sorgen.

Zum Glück sind in dieser Beziehung die Dinge in und außerhalb Griechenlands heute schon sehr weit gediehen. Frühere konservative Minister, namhafte politische Persönlichkeiten der Zentrumspartei, zahlreiche hochangesehene Universitätsprofessoren, höchste Richter, Schriftsteller und bekannte Bürger aller politischen Gruppierungen warten nur auf den Augenblick, der ihnen die Möglichkeit gibt, selbst wieder in Aktion zu treten. Sie und jene Militärs, die von den Obristen wegen erwiesener Gegnerschaft zum Diktaturregime entlassen wurden, repräsentieren das wahre Griechenland. Sie repräsentieren das griechische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit. Ihnen gehört das Vertrauen der freien Welt.

"Guten Tag = Merhaba"

Arbeiterwohlfahrt betreut türkische Gastarbeiter

Von Dr. Gerhard Hännig

Im Rahmen des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, die kürzlich auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken konnte, bemüht sich eine besondere Organisation um die soziale Beratung und Förderung der türkischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hält sich dabei an die Empfehlungen der EWG, mit der ja die Türkei assoziiert wird, für die Tätigkeit der Sozialdienste.

An 29 Orten Deutschlands, wo besonders viele türkische Arbeitnehmer leben, unterhält diese seit mehr als sieben Jahren bestehende Organisation, "Türkdanis" genannt, Beratungsstellen. Sie entfaltet im Einzelnen und in Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen und türkischen Behörden eine nützliche Tätigkeit. Dieser Dienst wird von den mit den deutschen Verhältnissen meist nicht recht vertrauten Türken gern und häufig in Anspruch genommen. Im Monatsdurchschnitt wenden sich annähernd 12.000 Türken persönlich, schriftlich oder telefonisch mit Anfragen und Wünschen an die Berater, zu denen - schon wegen der sprachlichen Verständigung - 35 Türken gehören, die in Arbeitsfragen Bescheid wissen.

Die gewünschte Beratung betrifft in den meisten Fällen den Verkehr mit den Arbeitsämtern, der Polizei und anderen Behörden sowie mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. Zur Aufklärung der Ausländer über ihre Rechte und Pflichten bedient sich die Arbeiterwohlfahrt auch der fremdsprachigen Sendungen des deutschen Rundfunks.

Da gewisse Mindestkenntnisse der deutschen Sprache dringend erwünscht sind, damit sich der Gastarbeiter in den ungewohnten Verhältnissen zurechtfindet, unnötige Schwierigkeiten vermeiden, bessere Leistungen vollbringen und seine Position im Betrieb verbessern kann, veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt deutsche Sprachkurse, sei es durch Lehrkräfte in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, sei es durch Kopien des Sprachlehrfilms "Guten Tag = Merhaba". Die Teilnahme an solchen Kursen ist an die Zahlung einer geringen Gebühr gebunden, die jedoch bei erfolgreichem Abschluß zur Hälfte zurückgezahlt wird.

In mehr als 40 Freizeitheimen wird den Türken Gelegenheit geboten, nach Feierabend und an arbeitsfreien Tagen im Kreise von Landsleuten Geselligkeit zu pflegen. - Dankbar empfinden es die Türken in Deutschland, daß sich die Arbeiterwohlfahrt besonders auch um kranke und inhaftierte Gastarbeiter bemüht.

+ + +

Otto Schmidt \*

sp - Wieder hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands einen ihrer Besten verloren: Staatssekretär a.D. Otto Schmidt ist im Alter von 70 Jahren von uns gegangen. Im Westerwald, seiner Heimat, und weit darüber hinaus galt Otto Schmidt als ein Mann, der von seiner frühesten Jugend an unermüdlich im Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit und um die Festigung der deutschen Demokratie stand. Sein Lebenslauf ist ein getreues Abbild der freien deutschen Arbeiterbewegung, der er sich schon in jungen Jahren verschrieben hatte.

Über die Gewerkschaftsbewegung kam Otto Schmidt zur Publizistik; in Oberschlesien ereilte ihn 1933 das Schicksal vieler Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Lange Zeit blieb er verhaftet, ehe er sich wieder in seine Heimat, den Westerwald, begeben durfte, wo er unter den schwierigsten Umständen eine karge Existenz aufbauen mußte.

Aber sofort nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur meldete sich Otto Schmidt wieder zu Wort. Wir sehen ihn als einen der ersten Organisatoren der wiedererstandenen Sozialdemokratischen Partei, von der er bald in die Verfassungsgebende Versammlung für das spätere Bundesland Rheinland-Pfalz berufen wurde. Mehr als 20 Jahre hat Otto Schmidt seinen Wahlkreis im Landtag Rheinland-Pfalz vertreten. Seine Zielstrebigkeit und sein großes Können, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, bewirkten, daß Otto Schmidt in der kurzen Zeit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz zum Staatssekretär im Wiederaufbau-Ministerium ernannt wurde. Später wurde Otto Schmidt, nach dem Ausscheiden des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Eugen Hertel, zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, ein hohes und verantwortungsvolles Amt, das er mit größter Umsicht bis zur vergangenen Legislaturperiode innehatte. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirkes Rheinland-Hessen-Nassau war Otto Schmidt viele Jahre Mitglied des Parteirates der SPD und später Mitglied der Kontrollkommission beim Bundesvorstand.

Zahlreiche Ehrungen haben den Lebensweg dieses stets bescheiden gebliebenen Mannes begleitet. In Anerkennung seiner großen Verdienste um den Ausbau und die Festigung der deutschen Demokratie wurde Otto Schmidt am 27. Mai dieses Jahres, seinem 70. Geburtstag, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen.

Mehrere Generationen junger sozialdemokratischer Kommunal- und Landespolitiker in Rheinland-Pfalz verdanken unserem verstorbenen Freund ihren Weg zu eigener Verantwortung in Staat und Gesellschaft. Von sich selbst sagte Otto Schmidt immer, er sei und bleibe ein Lernender. Dieses von großer Bescheidenheit zeugende Wort wurde die Grundlage dafür, daß viele junge Sozialdemokraten in ihm den Lehrenden sahen. Sie eiferten ihm nach und vertrauten seiner Führung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird Otto Schmidt stets ein ehrendes Andenken bewahren.